

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von Landrat Hagen Jobi zur Einbringung des Kreishaushaltes 2015/2016 Kreistagssitzung 23. Oktober 2014

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zum 10. und letzten Mal ist es mir in meiner Amtszeit heute vergönnt, den Haushalt für den Oberbergischen Kreis in den Kreistag einzubringen. In dieser Zeit haben sie etwa 5.000 Seiten aggregiertes Zahlenwerk erhalten, das zeigt, dass die Aufgaben des Kreises komplex und vielfältig sind und dass die Umsetzung von der Verwaltung wie auch vom Kreistag eine große Einsatzbereitschaft voraussetzen.

Die Dimension wird vielleicht noch deutlicher, wenn ich Ihnen sage, dass Kreistag und Kreisverwaltung in eben diesen 10 Jahren ein Haushaltsvolumen von rund drei Milliarden Euro, eine Zahl mit 9 Nullen, bewegt hat. Im Vergleich zwischen Planung und Ergebnis ist uns dabei gemeinsam gelungen, im NKF-Zeitraum lediglich etwa 2 Prozent von den Ansätzen abzuweichen.

Eine – wie ich finde - sehenswerte Bilanz, vergleicht man dagegen diverse Großbaustellen, aber sicher auch andere Haushalte von Bund, Land und Kommunen, die von ihren Kalkulationen vielfach deutlich stärker abweichen. Sehenswert ist aber nicht nur die Stringenz, mit der wir den Haushalt in der Vergangenheit eingehalten haben, sondern auch, was wir gemeinsam in den vergangenen Jahren damit bewerkstelligen konnten.

Rückblick

Wir haben die Struktur unserer Krankenhäuser gefestigt und durch die Holdinggründung im Jahr 2008 den Grundstein für eine bleibende ortsnahe Gesundheitsversorgung der Bevölkerung gelegt. Um weitere Synergien zu schöpfen folgte im Jahr 2012 die Zusammenlegung der Krankenhäuser in Gummersbach und Waldbröl zu einer GmbH. Auch dies eine Maßnahme zur Stabilisierung der Strukturen, der Minimierung der Kosten und der Erleichterung der Bedarfsplanung unserer Häuser. Nicht zu vergessen ist auch die umfangreiche Sanierung des Krankenhauses in Waldbröl, die zwingend geboten war, um die Zukunftsfähigkeit des Hauses zu sichern. 18 Millionen € fließen so in die Modernisierung des Hauses.

Wir haben den Rettungsdienst kommunalisiert. Dadurch gewährleisten wir in der Notfallversorgung kreisweit einheitliche Standards in einer hohen Flexibilität und Qualität. Die Wirtschaftlichkeit unseres Rettungsdienstes hat letztlich selbst die Stadt Radevormwald dazu bewegt, diese Aufgabe nach vielen Jahren eigenen Handelns in die Hände des Kreises zu übertragen. Dazu zählen auch die Planung und der Bau der Rettungswachen, auch wenn sicher nicht verschwiegen werden darf, dass hier noch das ein oder andere unvorhersehbare Problem zu bewältigen ist. Insgesamt ist die Kommunalisierung eine große Erfolgsgeschichte, die mittlerweile in vielen Kreisen als Vorzeigeprojekt angesehen wird. Dabei ist es auch gelungen, etwa 200 Rettungsassistenten und Notärzte in den Dienst des Oberbergischen Kreises zu übernehmen.

Wir haben unsere Berufskollegs ertüchtigt. Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe wurden in den vergangenen Jahren eingesetzt, um unsere Berufskollegs in Wipperfürth und Dieringhausen attraktiv und wettbewerbsfähig zu erhalten. Die ausgezeichnete Ausstattung unserer Berufskollegs wird sowohl von den Aufsichtsbehörden als auch von der Wirtschaft bestätigt. Der Neubau in Wipperfürth wurde durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung und der Architektenkammer NRW sogar mit einem Schulbaupreis ausgezeichnet.

Wir haben den Tourismus angekurbelt. Mit der gemeinsam von Oberbergischer Kreis und Rheinisch-Bergischer-Kreis gegründeten Naturarena Bergisches Land GmbH ist es uns gelungen, den Tourismus unseres schönen bergischen Landes besser zu vermarkten und den Kreis weit über die regionalen Grenzen hinaus bekannt zu machen. Hier hat uns auch die erfolgreiche Bewerbung mit dem Projekt „Wege durch die Zeiten“ die notwendigen Fördermittel beschert, um damit auch Oberberg zu einem attraktiven Wandergebiet ausbauen zu können. Das „Bergische Wanderland“ hat bereits einen guten Namen und ich prognostiziere bereits jetzt, dass sich die Beliebtheit noch weiter steigern wird. Hinzu kommt die Beteiligung des Kreises am Naturerlebnispark Panabora in Waldbröl, der im Sommer kommenden Jahres eröffnen und sicher ein Besuchermagnet sein wird.

Wir haben unser Schloss Homburg zukunftsfähig gemacht. Dank der Unterstützung unseres Landes NRW innerhalb der Regionale 2010 und unserer verlässlichen Partner ist durch einen Invest von 10 Mio. € ein multifunktionales Begegnungs- und Veranstaltungszentrum für Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft, entstanden und dies mit Wirkung über unser Museum hinaus. So wird die Strahlkraft des Museums und Forums Schloss Homburg erhöht und seine Bedeutung als Ausflugsziel und kulturelles Zentrum in der Region unterstrichen. Die Wiedereröffnung wurde bekanntlich Ende August gefeiert.

Wir haben unsere Deponie zu einem Innovationsstandort umgestaltet. Auf dem Gebiet des ehemaligen Entsorgungszentrums Leppe ist ebenfalls dank der Landesförderung durch die Regionale 2010 eine bemerkenswerte und international anerkannte Einrichtung entstanden, die Freizeit und Erholung, außerschulischen Lernort, Lehr- und Forschungszentrum, nachhaltiges Gewerbegebiet und Kompetenz- und Transferzentrum für den Bereich der regenerativen Energien in sich vereint. :metabolon ist zu einer Marke im Oberbergischen und darüber hinaus geworden.

Wir haben unser Jugendamt neu ausgerichtet. Angesichts der Steigerung der Jugendamtsumlage, die ich Ihnen heute leider präsentieren muss, werden einige kritische Geister unter Ihnen wahrscheinlich sagen: Gebracht hat es aber nicht viel. Hier halte ich Ihnen entgegen: Schauen sie sich doch mal die Steigerungsraten der Jugendämter der Nachbarkreise oder im Landesdurchschnitt an. Dann werden sie schnell feststellen, dass der Oberbergische Kreis deutlich geringere Steigerungen zu verzeichnen hat. Und das, meine Damen und Herren, ist ein großer Erfolg. Aber was gar nicht genug gewürdigt werden kann, ist die hervorragende sozialpädagogische Arbeit, die auf der Basis des Konzeptes im Sinne der Kinder und Jugendlichen im Kreis geleistet wird. Im Übrigen ist der weitaus größte Teil der Steigerungen auf den U3- Ausbau zurückzuführen. Ich werde später noch auf die Zahlen eingehen.

Wir haben die Akademie Gesundheitswirtschaft und Senioren in eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung umgewandelt, ihr dadurch mehr Flexibilität eingeräumt und so weitere Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen. Die AGewiS leistet hervorragende Arbeit auf einem zukunftssträchtigen Sektor. Zuletzt war Radio Berg eine Meldung zu entnehmen, dass die Pflegedienste enorme Probleme haben, qualifiziertes Personal zu finden. Ausdrücklich wurde betont, dass dieses Problem des Fachkräftemangels im Oberbergischen nicht besteht, da dort Personal fachspezifisch über die AGewiS zur Verfügung steht. Das Kursangebot muss schon aufgrund der hohen Nachfragen wiederholt vergrößert werden. Sie mögen daran den Stellenwert der dort geleisteten Arbeit ablesen.

Zweifellos könnte ich Ihnen noch eine Vielzahl weiterer erfolgreicher Projekte wie z.B. die Einrichtung einer Kommunalen Koordinierungsstelle Übergang Schule und Beruf, die Mittelstandsorientierung der Verwaltung, die Gewerbeflächenkonferenz bis hin zu den Sozialführerschein und dem Freiwilligendienst aller Generationen (Weitblick) vorstellen. Aber es ist sicher nicht der Sinn und Zweck einer Haushaltsrede, ausschließlich eine Rückschau zu halten, so dass ich mich nun eingehend auf den neuen Doppelhaushalt den Punkten widmen möchte, die die Zukunft unseres Kreises ausmachen werden und über die Sie auch in ihren Haushaltsberatungen zu diskutieren haben.

Auch in diesem Jahr bringe ich die Haushalte für die Jahre 2015 und 2016 wieder gemeinsam ein. Dieser zweite Doppelhaushalt schafft gerade für die Kommunen eine deutlich größere Planungssicherheit, wenngleich ich sicher einräumen muss, dass auch im kommenden Jahr ein Nachjustieren nicht ausgeschlossen werden kann. Ebenfalls eine deutlich bessere Planung der Kommunen ermöglicht die Tatsache, dass die Verabschiedung des Haushaltes – wie es das Gesetz vorsieht – noch in diesem Jahr stattfindet. Gerne hätten wir diese Konformität mit den rechtlichen Regularien auch bereits in früheren Jahren angewendet. Damals fehlten uns aber hierfür die tatsächlichen Grundlagen: Denn das Land hatte es in vergangenen Jahren nicht geschafft, uns die Basisgrundlagen in Form der 1. Modellrechnung zu einem Zeitpunkt zu übermitteln, der uns überhaupt in die Lage versetzt, den Haushalt bereits im Oktober des laufenden für das kommende Jahr einzubringen.

Es ist eine unangenehme Kontinuität, wenn ich Ihnen sagen muss, dass die Rahmenbedingungen für die Haushaltsjahre 2015/2016 weiterhin schwierig sind. So ist es z.B. bemerkenswert, dass das Gewerbesteueraufkommen der kreisangehörigen Kommunen gegenüber der Vorjahresreferenzperiode um 25,2 % zurückgegangen ist. Eine für unsere Kommunen katastrophale und nahezu existenzbedrohende Entwicklung, die bereits manche Kämmerer – sie konnten das der Tagespresse entnehmen - veranlasst hat, eine Haushaltssperre auszusprechen.

Durch die sinkende Finanzkraft der Kommunen reduzieren sich die Umlagegrundlagen für den Oberbergischen Kreis von 337,7 Mio. auf 323,8 Mio., das entspricht einem Rückgang um 4,12 %. Im Gegenzug ergibt sich allerdings nach den Modalitäten des GFG auch eine Erhöhung der Schlüsselzuweisungen um 8,6 Mio. €. Gleichwohl: Für die Einnahmen des Kreises bedeutet dies - bei gleichbleibendem Kreisumlagehebesatz aus der Finanzplanung - eine Minus von 2,2 Mio. €.

Trotz dieses Einnahmeausfalls ist es selbstverständlich, dass wir unseren Kommunen in dieser Situation zur Seite stehen und sie auch in den kommenden Jahren wie schon bisher unterstützen. Zu den genauen Zahlen und Konsequenzen für den OBK werde ich noch kommen.

Landschaftsumlage

Bei den Zahlen der Landschaftsumlage, die ich den Bürgermeistern in der gemeinsamen Dienstbesprechung am 10.09.2014 vorgestellt habe, habe ich, da es bis dato keine Mitteilung des Landschaftsverbandes gab, die Daten zur Zahllast aus der Finanzplanung des LVR übernommen. Zwischenzeitlich ist jedoch bekannt geworden, dass der LVR trotz sinkender Umlagegrundlagen voraussichtlich den Hebesatz der Landschaftsumlage nur geringfügig im Vergleich zum Vorjahr

ansteigen lässt. Das bedeutet für den Kreis im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung der Zahllast um 1,2 Mio. €. Ohne meinem Resümee vorgreifen zu wollen, darf ich schon jetzt ankündigen, dass wir diese Verbesserung auch im Sinne der Kommunen nutzen werden.

Sozialetat

Wie immer stellt der Sozialetat mit einem Zuschussbedarf von 48,2 Mio. € einen der größten Ausgabenbereiche dar. Der Zuschussbedarf bleibt im Vergleich zum Vorjahr damit mehr oder weniger konstant. Bemerkenswert ist jedoch, dass in dem Haushalt rund 1,1 Mio. € Entlastung enthalten sind, die der Kreis aus der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe aus der sog. „Übergangsmilliarde“ über eine erhöhte Beteiligung an den Kosten der Unterkunft des Bundes erhält. Soll heißen: Faktisch werden wir kostenmäßig gar nicht entlastet in dem Sinne, dass es für uns irgendwie günstiger wird. Verhindert wird nämlich lediglich, dass der OBK – wie in den Vorjahren – weiter „noch mehr drauf zahlt“.

Jugendamtsetat

Eine weitere, annähernd gleich große Ausgabebeziehung stellt der Jugendamtsetat dar. 49,8 Mio. € wird uns das Wohl der Kinder und Jugendlichen in den neun Kommunen, für die das Jugendamt zuständig ist, im kommenden Jahr Wert sein.

Ich meine das wörtlich, denn es muss uns ein permanentes Anliegen sein, die Lebensqualität im Oberbergischen sozial zu gestalten und dabei insbesondere auch die Kinder, Jugendlichen und Familien zu unterstützen. Mit der Umsetzung des Konzepts zur Neuausrichtung des Jugendamts haben wir dazu den richtigen Weg eingeschlagen. Der ist mitunter mühsam und schwer aber wir wollen ihn weiter beschreiten, um am Ende auch langfristig auf der Erfolgsspur zu bleiben. Die gut dosierte Investition in frühzeitige und präventive Jugendsozialarbeit hilft, den landes- und bundesweit teils merklichen Anstieg der Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung und für die Bereitstellung ausreichender und qualitativ guter Tagesbetreuungsangebote für Kinder im Griff zu behalten.

Insgesamt beträgt die Steigerung des Zuschussbedarfs im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gegenüber der Finanzplanung 3,5 Mio. €. Ich hatte aber bereits in meinem Rückblick angedeutet, dass hierfür in erster Linie auch der politisch gewollte kräftige Ausbau der Kindertagesstätten ursächlich ist. Es war unser erklärtes Ziel, im Rahmen der Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz auch für unter-3-jährige Kinder bis zum aktuell laufenden Kindergartenjahr das Angebot an Betreuungsplätzen soweit auszubauen, dass möglichst kein Kind unversorgt zurück bleiben muss. Hierfür haben wir in den ver-

gangenen Jahren enorme Anstrengungen unternommen, die - nicht nur nebenbei erwähnt - auch durch erhebliche Investitionsmittel des Kreises begleitet wurden. Zur qualifizierten Betreuung unserer Kinder halten wir in unseren neun Jugendamtskommunen heute rund 4.500 Plätze in Einrichtungen und etwa 400 Plätze in Tagespflege bereit. Diesem umfangreichen Angebot an Kindergartenplätzen und der stärkeren Inanspruchnahme der Betreuung durch Tagesmütter folgen aber auch entsprechende Finanzaufwendungen für den Betrieb der Betreuungsangebote. Allein hierdurch und durch einige neue gesetzliche Regelungen in Zuge der KiBiz-Reform zum 01.08.2014 werden ab dem kommenden Jahr die laufenden Aufwendungen im Produkt „Tagesbetreuung für Kinder“ um 2,2 Mio. Euro ansteigen.

Mit deutlich steigenden Aufwendungen rechnen wir auch bei den ohnehin vergleichsweise „teuren“ stationären Hilfen, also den notwendigen Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen, die von Einzelschicksalen betroffen sind, in Heimen und Erziehungsstellen. Dies liegt aber nur zum Teil an gestiegenen Fallzahlen, sondern vielmehr an zunehmend „intensivpädagogischen Leistungen“, die notwendig sind, um den Kindern adäquat zu helfen. Dabei sind Tagessätze von 200 € durchaus keine Seltenheit.

Personaletat

Trotz diverser neuer Aufgaben, die dem Oberbergischen Kreis stetig durch Gesetz oder Rechtsverordnung auferlegt werden (aktuell z.B. im Bereich des Betreuungsrechts), sieht der Doppelhaushalt 2015/2016 gegenüber dem Jahr 2014 keine Mehrstellen vor. Soweit sich innerhalb des Hauses unabwiesbare zusätzliche Bedarfe ergeben, werden wir diesen durch interne organisatorische und personelle Maßnahmen entgegen steuern. Damit tragen wir dem Kreistagsbeschluss vom 14.03.2013 Rechnung, der sinngemäß vorsieht, die Höhe der im Kreishaushalt veranschlagten Netto-Personalaufwendungen für die Jahre 2015 bis 2019 durch die vom Land NRW vorgegebenen Orientierungsdaten zu begrenzen.

Auf Basis dieser Beschlusslage wurden die Netto-Personalaufwendungen des Jahres 2015 um 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr und die Aufwendungen für 2016 um ein Prozent erhöht.

Dieser restriktive Weg der Personalbewirtschaftung – und das ist die Kehrseite der Medaille - hat weitere Zusatzbelastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung zur Folge und wird zu weiteren Standardreduzierungen bei der Aufgabenerledigung führen.

Allgemeine Kreisumlage und differenzierte Umlagen

Welche Auswirkungen hat der Kreishaushalt nun auf die Umlagen?

Sofern der Oberbergische Kreis an dem in der bisherigen Finanzplanung formulierten Ziel, in den Jahren 2015 und 2016 einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden, festhalten wollte, müsste der Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage entgegen den bisherigen Planungen insbesondere wegen der deutlich gesunkenen Umlagegrundlagen im Vergleich zum Vorjahr angehoben werden. Zwar träfe die Kommunen auch dann insgesamt gegenüber dem Vorjahr aufgrund der sinkenden Umlagegrundlagen eine geringere Zahllast aus der allgemeinen Kreisumlage; allerdings würden sich diese positiven Effekte für etliche Kommunen durch die auskömmlich zu veranschlagenden Umlagen für das Jugendamt, die Kreisvolkshochschule und die Berufsschulen des Oberbergischen Kreises relativieren bzw. „umkehren“. Im Ergebnis würde die Zahllast aller Kommunen dadurch auch steigen.

Vor diesem Hintergrund – aber auch und gerade angesichts des erheblichen Gewerbesteuerleinbruchs in den Kommunen – schlägt Ihnen die Verwaltung vor, den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage nicht – wie grundsätzlich von § 56 Abs. 1 KrO gefordert – auf das zum Haushaltsausgleich notwendige Maß zu erhöhen, sondern das Eigenkapital des Kreises erneut planmäßig zugunsten der Kommunen einzusetzen und natürlich auch – ich habe es bereits angedeutet – die Senkung der Zahllast der Landschaftsumlage in großen Teilen weiterzuleiten.

Das bedeutet konkret, dass der Kreisumlagehebesatz (heute = 42,6892) im Jahr 2015 von geplanten 42,17 sogar auf 41,8 % gesenkt werden kann und sich die Zahllast der allgemeinen Kreisumlage entgegen der Finanzplanung um 11,3 Mio. € reduziert. Wir senken Hebesatz und Zahllast also noch mehr als schon im Benehmensschreiben vom 10.09.2014 angekündigt! Im Jahr 2016 ist dann eine weitere Senkung der Kreisumlage um 0,1 %-Punkt gegenüber der Finanzplanung vorgesehen, was zu einer absoluten Entlastung in Höhe von 10,5 Mio. € führt.

Im Hinblick auf unser Eigenkapital bedeutet dies eine Reduzierung der Ausgleichsrücklage in Höhe von 4,6 Mio. € im Jahr 2015 und weitere 4,5 Mio. € im Jahr 2016. Das, meine Damen und Herren, nenne ich eine kommunenfreundliche und verlässliche Veranschlagung.

Ich weise nochmals darauf hin, dass dieser Zahllastreduzierung eine Erhöhung der Kosten insbesondere im Bereich des Kreisjugendamtes entgegensteht. Es bleibt aber festzuhalten, dass die Summe der Umlagen sich insgesamt im Jahr 2015 gegenüber der Finanzplanung um ca. 7,5 Mio. € reduzieren wird. In Zahlen bedeutet dies eine Umlage von 191,9 Mio. €. Damit erreichen wir sogar nahezu den von den Bürgermeistern in einem Schreiben vom 05.08.2014 anvisierten

Wert von 190 Mio. €. Das Schreiben liegt Ihnen übrigens – wie auch eine weitere Stellungnahme der Kommune sowie eine Bewertung der Kreisverwaltung – als Tischvorlage vor. Auch im Jahr 2016 wird bei der Summe der Umlagen gegenüber der Planung von 200 Mio. € eine Reduzierung um 5,8 Mio. € veranschlagt.

Auch wenn es bei den Städten und Gemeinden aufgrund erheblicher Schwankungen bei der Entwicklung ihrer Finanz- und Steuerkraft zu unterschiedlich hohen Entlastungen der einzelnen Kommunen kommen wird und bestimmte Kommunen aufgrund der Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes sogar Mehrbelastungen tragen müssen, wird der Kreis mit dieser Vorgehensweise seiner Verantwortung mehr als gerecht.

Darüber hinaus haben Sie heute über den Vorschlag der Verwaltung, den von den differenzierten Umlagen betroffenen Kommunen über eine Endabrechnung der Umlagen der Jahre 2009 bis 2013 im kommenden Jahr einen Geldbetrag in Höhe von rd. 1 Mio. € zukommen zu lassen, entschieden. Ebenfalls eine Maßnahme, für die keine rechtliche Verpflichtung besteht, die jedoch aus Sicht der Verwaltung selbstverständlich sein sollte.

Perspektiven

Meine sehr geehrten Kreistagsmitglieder, lassen sie mich nach diesem trockenen Zahlenwerk noch auf einige Maßnahmen eingehen, die uns im nächsten und sicher auch in den folgenden Jahren begleiten sollen. Sicher lässt uns unser Haushalt nicht die Spielräume, die wir uns eigentlich wünschen. Er muss uns aber – und das ist das Wesensmerkmal der kommunalen Selbstverwaltung – zumindest das Atmen erlauben, um im Rahmen der Möglichkeiten an der Weiterentwicklung Oberbergs arbeiten zu können. Und das möchten wir mit folgenden Projekten tun:

Wir werden die Basis für eine prosperierende Wirtschaft in Oberberg verbessern. Ohnehin ist der Oberbergische Kreis mit 43 % schon Spitze bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Zum Vergleich: Bundes- und landesweit liegt die Zahl bei 29 bzw. 28 %. Stagnation bedeutet aber Rückschritt und so wird es wichtig sein, die Grundlagen für den weiteren Fortschritt zu schaffen. Hierzu werden wir gemeinsam mit den Kommunen zielstrebig an der Gewerbeflächenentwicklung, die mit dem Prozess der Gewerbeflächenkonferenz angestoßen wurde, weiterarbeiten. Erreicht werden muss in diesem Zusammenhang, dass wir hinsichtlich „Novellierung des Regionalplanes“ ein deutliches/starkes, vor allem gemeinsames Signal an die Landesregierung senden. Nur wenn unsere familiären und standorttreuen Firmen Raum für Expansion haben, können wir diese auf Dauer an den Oberbergischen Kreis binden. Daher steht die Angebotserweiterung dieses harten Standortfaktors ganz oben

auf unserer Agenda und dies natürlich auch unter Einbeziehung von Land- und Forstwirtschaft, sowie Naturschutz.

Wir wollen die Breitbandversorgung analysieren und verbessern. Das Breitband ist für unsere Unternehmen im Konkurrenzkampf überlebenswichtig geworden. Nur wer schnell reagieren kann, wird sich am Markt gegen seine Mitstreiter durchsetzen können. Ein Gewerbe- oder Industriegebiet ohne eine funktionierende und leistungsstarke Internetanbindung ist nicht mehr zu vermarkten. Für die Firmen ein harter Standortfaktor, stellt die Breitbandversorgung auch für die Familien als weicher Standortfaktor ein durchaus entscheidendes Kriterium dar, sich im Oberbergischen niederzulassen. Gelingt es nicht, eine möglichst flächendeckende Breitbandverbindung zu gewährleisten, verliert der ländliche Raum weiter an Attraktivität gegenüber den Ballungsräumen und die Wirtschaft verliert überdies gute Fachkräfte. Dies wäre dann in doppelter Hinsicht eine Schwächung des Wirtschaftsstandortes Oberberg. Mit einer kreisweiten Studie zur Breitbandversorgung werden wir „weiße Versorgungsflecken“ ermitteln und Lösungsansätze erarbeiten. Neben einer breiten Bedarfsanalyse soll auch eine Bestandsanalyse vorgenommen werden, um konkrete Handlungsempfehlungen abgeben zu können. Wichtig ist dabei, die bereits in den einzelnen Kommunen geleisteten Vorarbeiten zu berücksichtigen und die Akteure vor Ort zu beteiligen.

Wir möchten die Fachkräftesicherung weiter vorantreiben. Hierzu bedienen wir uns in erster Linie der Initiative „Fachkraftwerk“, die bereits im Jahr 2012 als Verbund aus Oberbergischem Kreis und seinen Partnern gegründet wurde. Ziel ist es, vernetzt und damit konzertiert Themenschwerpunkte wie Gesundheit am Arbeitsplatz, altersgerechte Arbeitsplätze, Strategien zur Nachwuchsgewinnung, Optimierung von Ausbildung, Wissensmanagement und Unternehmensnachfolge zu erarbeiten und umzusetzen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auch auf dem Thema „Übergang Schule / Beruf“. Hier streben wir für das kommende Jahr die Weiterentwicklung und Koordination eines abgestimmten ganzheitlichen Übergangsmagements an, um eine frühe Berufsorientierung, schulische Unterstützungsangebote, individuelle Übergangsempfehlungen und passgenaue Ausbildungsangebote ermöglichen zu können. Wir möchten auch die Optimierung der Bildungschancen vor Ort erreichen. Bestes Beispiel für unser Bestreben ist die Zusammenlegung der Berufskollegs in Wipperfürth und Wermelskirchen, die nicht zuletzt auf den Untersuchungen des Schulentwicklungsplanes basiert. Derzeit laufen die Abstimmungen und wir sind guter Dinge, dass in Kürze Entscheidungen getroffen werden können. Sie sehen, es sind Mammutaufgaben, denen wir uns aber im Zusammenspiel mit unseren Mitstreitern stellen möchten und müssen.

Integraler Bestandteil der Fachkräftesicherung ist auch die Etablierung des Kommunalen Integrationszentrums, dessen Einrichtung der Kreistag im April dieses Jahres beschlossen hat. 30 % aller Oberberger besitzen einen Migrationshintergrund und der Anteil der Menschen mit ausländischen Wurzeln wird weiter steigen. In einem Integrationskonzept, das im kommenden Jahr in der Verwaltung erarbeitet und Ihnen zur Beschlussfassung vorgelegt wird, werden wir Maßnahmen beschreiben, die zu einem weltoffenen, toleranten und kooperativen Zusammenleben führen können und damit eine Bereicherung unserer Gesellschaft u.a. in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht darstellen werden.

Wir werden uns dem demografischen Wandel stellen. Natürlich geht es dabei auch darum, junge Menschen und Familien nach Oberberg zu locken. Es ist unsere Pflicht, die gesellschaftliche Entwicklung anzunehmen und durch gezieltes Steuern bedarfsgerechte Strukturen aufzubauen. Das bedeutet, dass wir den Fokus unserer Überlegungen auch darauf ausrichten müssen, der älteren Bevölkerung die Lebensqualität zu bieten, die sie sich wünscht und die sie sich im Laufe ihres Lebens erarbeitet hat. Dazu gehört zusammengefasst: Das Leben auf dem Dorf für jedes Alter attraktiv zu machen. Um die hierzu notwendigen Strukturen zu erhalten und nachhaltig zu sichern, werden wir im Rahmen der „Zukunftswerkstatt Dorf“ alles daran setzen, den lebens- und liebenswerten Charakter unseres Flächenkreises zu erhalten. Natürlich gehört zur Verbesserung der Lebensqualität und zwar besonders wichtig auch die Sicherung der Mobilität. Ein schwieriges Unterfangen, dem wir uns durch die Erarbeitung des zukünftigen Nahverkehrsplanes stellen werden, der praxisnahe und durchaus auch individuelle Lösungen für Kommunen beinhalten soll.

Wir möchten LEADER-Region werden. Ihr positives Votum in der heutigen Sitzung vorausgesetzt, möchte sich der Kreis gemeinsam mit unseren Kommunen in zwei Teilregionen als LEADER-Region bewerben. Die Zukunft des ländlichen Raumes liegt gerade aufgrund der Benachteiligung, die er im Vergleich zu den Großstädten durch das Gemeindefinanzierungsgesetz erfährt, in der Akquirierung von Fördermitteln. Nur eine erfolgreiche Teilnahme an solchen Förderprogrammen versetzt uns in die Lage, größere und vor allem teure Projekte zur Zukunftssicherung umsetzen zu können. Im engen Schulterschluss mit unseren Kommunen werden wir daher Projekte erarbeiten, die Impulse für den ländlichen Raum setzen können und die Vergabegremien überzeugen werden.

Wir werden die medizinische Versorgung der Bevölkerung weiter verbessern. Nachdem die Kommunalisierung des Rettungsdienstes abgeschlossen ist, werden wir ab dem kommenden Jahr das neue Berufsbild des Notfallsanitäters, das mit einer 3jährigen Berufsausbildung einhergeht, einführen. Damit wird der Rettungsdienst qualitativ weiter gestärkt.

Wir werden weitere Überlegungen zur Zentralisierung von Verwaltungseinheiten anstrengen. Testiert durch die Gemeindeprüfungsanstalt geht es darum, den Raumbedarf der Kreisverwaltung zu optimieren und die Zerklüftung der Verwaltungsgebäude einzudämmen. Hierzu bedarf es intensiver Vorarbeiten, die wir intern, aber auch unter Zuhilfenahme von sachverständigen Dritten, leisten werden. Ziel dabei ist es, die wirtschaftlichste Lösung für die Unterbringung der Verwaltungseinheiten zu finden, auch wenn es dann – verzeihen Sie mir den Seitenhieb an einen Bürgermeister – leider nicht mehr möglich sein wird, Hund und Kuh mit zum Dienst zu bringen. Ich bedanke mich an dieser Stelle übrigens ausdrücklich für die Vorlage der GPA und sehe mich dadurch darin bestärkt, das Thema „Zentralisierung von Verwaltungseinheiten“ intensiv weiterzuverfolgen!

Ankündigen möchte ich schließlich, dass ich beabsichtige, Verbesserungen aus der 2. GFG-Modellrechnung, die mir seit dem letzten Donnerstag vorliegt und deren Zahlen von der Verwaltung aus technischen Gründen nicht mehr in den Entwurf des Haushaltes eingearbeitet werden konnten, für eine bauliche und technische Ertüchtigung des Schulungs- und Fortbildungsbereiches im Notfallzentrum in Kotthausen zu verwenden. Ich werde dieses Thema also über den Veränderungsnachweis in den weiteren Beratungsverlauf einbringen.

Im Ergebnis soll damit dem Anliegen meiner eigenen Fachleute, aber auch zahlreicher Wehrführer aus den Freiwilligen Feuerwehren unseres Kreises, nämlich die sog. „Kreisausbildung“ für die Feuerwehrkameraden im OBK noch attraktiver zu gestalten, Rechnung getragen werden. Es geht hier folglich um nichts anderes als um die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit als Feuerwehrkamerad bzw. Feuerwehrkameradin. Betrachten Sie die hierfür angedachten Maßnahmen, über die wir in der bevorstehenden Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Notfallvorsorge noch im Einzelnen informieren werden, als unseren Beitrag zur Stärkung der Leistungsfähigkeit und Bestandssicherung unserer kommunalen Feuerwehren!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ähnlich wie in meiner zu Beginn beschriebenen Rückschau könnte ich Ihnen auch in der Vorausschau noch viele Aufgaben und Projekte ans Herz legen. Alleine die Inanspruchnahme Ihrer Zeit und die Tatsache, dass Sie sich ohnehin in den anstehenden Beratungen intensiv mit den Themen der Kreisverwaltung auseinandersetzen werden, lassen mich von diesem Vorhaben Abstand nehmen.

Unsere Kämmerei hat wie immer eine professionelle und transparente Arbeit geleistet – und in Sachen gute Kommunikation in Richtung unserer Kommunen kann man dem Oberbergischen Kreis ganz gewiss keine Vorwürfe machen.

Zum letzten Mal in meiner Amtszeit bedanke ich mich bei Kreiskämmerer Klaus Grootens und seinem Team für die intensive Arbeit, die dem Ihnen vorliegenden Planwerk zu Grunde liegt.

Herzlichen Dank.

Ihnen meine sehr geehrten Damen und Herren,
wünsche ich ebenfalls letztmalig gute und erfolgreiche Beratungen und darf Ihnen bereits jetzt für Rückfragen gerne die Unterstützung unserer Verwaltung anbieten. In Ihre Beratungen entlasse ich Sie mit einem Zitat eines unbekanntes Verfassers, der sagte: „Wer Erfolg im Leben haben will, macht die Beharrlichkeit zu seinem Lehrer, die Erfahrung zu seinem Bruder, die Vorsicht zu seinem Wächter und die Hoffnung zu seiner Geliebten.“

Meine Damen und Herren,
Beharrlichkeit, Erfahrung, Vorsicht und Hoffnung sind die Attribute, die die Kreisverwaltung auszeichnen und für die auch der Haushalt 2015/2016 steht. Daher erwarte ich als positiv denkender Mensch, dass sich auch der Erfolg in diesem Haushalt verbirgt.

Er muss nur durch ihre Zustimmung geweckt werden.